

Ein klares Zeichen

Zu: „GdP stellt sich gegen AfD“, FR-Politik vom 13. März

Super, die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat ein klares und beispielhaftes Zeichen auch für andere Gewerkschaften und Organisationen mit der Unvereinbarkeit von einer Mitgliedschaft in der AfD und gleichzeitig in der GdP gesetzt. Dies zeichnet die GdP insbesondere als demokratisches Vorbild gegenüber ihrer kleineren Konkurrenzorganisation aus, der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) im Deutschen Beamtenbund, die mit ihrem Vorsitzenden eine unrühmliche Nähe zur AfD offenbarte.

Vorreiter, sich als Großorganisation von der AfD zu distanzieren, war schon 2018 dankenswerterweise der Präsident der Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, mit seiner Aussage, dass eine Mitgliedschaft in der AfD mit der Mitgliedschaft bei der Eintracht unvereinbar sei.

Harald Fiedler, Oberursel

Dankbar für jeden Segen

Homosexuelle: „Scharfe Kritik am Vatikan“, FR-Politik vom 17. März

Die Glaubenskongregation im Vatikan hat auf die Frage „Hat die Kirche die Vollmacht, Verbindungen von Personen gleichen Geschlechts zu segnen?“ mit „Nein“ geantwortet. Es sei „nicht erlaubt, Beziehungen oder selbst stabilen Partnerschaften einen Segen zu erteilen, die eine sexuelle Praxis außerhalb der Ehe (das heißt außerhalb einer unauflösbaren Verbindung eines Mannes und einer Frau, die an sich für die Lebensweitergabe offen ist) einschließen, wie dies bei Verbindungen von Personen gleichen Geschlechts der Fall ist“, so die erläuternde Note.

Woher weiß die Kongregation so genau, was der Wille Gottes und was „Sünde“ ist? Unseres Erachtens ist die Zeit nicht mehr fern, da werden wir noch dankbar sein für jede Frau und jeden Mann – ob nun mit oder ohne Partnerin/Partner, gleich welchen Geschlechts –, die oder der in unseren Gemeinden die Seelsorgerinnen und Seelsorger um einen Segen bittet. Astrid Brückner, Ludger Ernsting, Ludger Funke, Freckenhorster Kreis, Münster

SORRY

In letzter Zeit war in der FR viel zum Unterschied zwischen Vergleich und Gleichsetzung die Rede. Da gilt ein ehernes Gesetz: Vergleiche nie Äpfel mit Birnen! Das war allerdings nicht unsere Absicht, als wir die Gute Luise in unserem Artikel „Der Huthpark wird zur Streuobstwiese“ (20.3., S. F4 in Teilen unserer Auflage) zur Apfelsorte erklärt haben. Sondern das war schlicht eine Verwechslung. Sie ist eine Birnensorte. Und was ist der Vereinsdechant? Wer weiß es?



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210322.

Schutz und Pflege von Insekten – dafür würden viele Menschen gern etwas tun, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie bitte hier: www.frblog.de/garten-01

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die digitale Diskussion „Kommunalwahl in Hessen. Ergebnisse und Perspektiven“ der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen mit dem Soziologen Philipp Scherer und dem hessischen Grünen-Landesvorsitzenden Philip Krämer. Unter boell-hessen.de/youtube
Mittwoch, 24. März, 19 Uhr

Tobias Schwab moderiert das Forum Entwicklung zum Thema „Lernen aus der Pandemie – Wie gelingt Bildung für alle?“. Auf dem Podium: Peter-Matthias Gaede (Vorstand Unicef Deutschland), Prof. Annette Scheunpflug (Uni Bamberg), Melanie Stilz (Expertin für Digitalisierung und Entwicklungszusammenarbeit), Michael Holländer (Kompetenz-Center Bildung der GIZ). Anmeldung unter forumentwicklung@giz.de. Der Zugangslink wird dann zugeschickt.
Dienstag, 30. März, 18.30 Uhr

Die USA neigen weiterhin zu Alleingängen

US-Präsident Biden hält Putin für einen Killer: „Strategische Wende in einem Wort“, FR-Politik vom 19. März

Wann nennt Biden Prinz Salman „Mörder“?

Nach Joe Bidens Worten über Putin bin ich einmal gespannt, wie lange es braucht, bis der Regierungschef von Saudi-Arabien, dem größten Abnehmer westlicher Kriegswaffen, von Joe Biden als Mörder bezeichnet wird. Im Fall des ermordeten Kritikers Khashoggi steht die staatliche Verantwortung für den Mord unumstößlich fest.

Die doppelten Standards der Nato-Propaganda kommen mir so vor, als wollen die Militärs und ihre Unterstützer/innen damit den Kurs wachsender Konfrontation mit den Atommächten China und Russland vor der Weltöffentlichkeit legitimieren. Vor hundert Jahren rutschte die Welt in einen Krieg, den so keiner gewollt haben konnte. Es war die Ur-Katastrophe des zurückliegenden Jahrhunderts.

Bernhard Trautvetter, Essen

Wir sollten auf einen größeren Abstand achten

Der amtierende US-Präsident hat sich dazu hinreißen lassen, auf die Suggestivfrage eines Journalisten, ob er Präsident Putin für einen „Killer“ halte, zu antworten: „Das tue ich“. Russland hat daraufhin seinen Botschafter aus Washington abberu-

fen. Biden war sich offensichtlich in diesem Augenblick nicht der Notwendigkeit bewusst, als Chef einer Atommacht und eines Volkes von 325 Millionen Verantwortungsbewusster mit der Offenhaltung der Gesprächskanäle zu Russland und China umzugehen. Es dient nicht der Sicherheit der Welt, wenn sich der russische, der amerikanische und der chinesische Präsident gegenseitig Zensuren für ihre politische Moral erteilen mit der möglichen Folge eines anschließenden unkontrollierten Anwachsens der politischen Spannungen bis hin zum Atomkrieg.

Biden dürfte seinen unbedachten Spruch bestimmt nicht zuvor mit seinen Nato-Verbündeten abgesprochen haben, die aber sehr wohl die möglichen Folgen einer solchen Gedankenlosigkeit zu spüren bekommen könnten. Dann hebt Nato-Generalsekretär Stoltenberg wieder sein bis zum Überdruß bekanntes Lied von einer Erhöhung der Bedrohungen und einer dringend erforderlichen Steigerung der westlichen Rüstungsausgaben an.

Fazit: Die USA neigen zu Alleingängen, die sie vorher nicht mit ihren Bündnispartnern absprechen, die aber durchaus die Folgen mitzutragen hätten.

Empfehlung: Vergrößerung des politischen Abstandes zu

den USA, denn der Nachfolger Bidens könnte sein Vorgänger sein, der in noch viel ausgeprägterem Maße die Begabung hat, mit seiner lockeren Zunge erst seine eigene Nation und dann die ganze Welt ins Unglück zu reißen!

Otfried Schrot, Hannover

Markige Sprüche dienen der Imagepflege

US-Präsident Biden nennt den russischen Präsidenten einen Killer, Mörder. Und Putin keilt zurück: „Du bist selber einer“. Abgesehen davon, dass solche markigen Sprüche vielleicht der Imagepflege der Kontrahenten dienen, aber ganz und gar nicht der Völkerverständigung, freue ich mich, dass auch Staatspräsidenten mal als „Mörder“ bezeichnet werden.

Wenn Kurt Tucholsky schreibt: „Soldaten sind Mörder“ und Jean Ziegler: „Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet“, nehmen uns beide doch alle in die Verantwortung: Kleine und Große.

Gestört hat mich schon lange, dass beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag immer nur afrikanische Diktatoren und Kriegsverbrecher angeklagt werden, nie aber die Präsidenten der Supermächte.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Verteilungsungerechtigkeit wird zur Gefahr

Pandemie: „Der gewohnte Skandal“ und „Armut tötet“, FR-Meinung vom 11. und 18. März

Eine Wunde, deren Heilung immer schwerer wird

Vor vierzig Jahren ging die „Liste demokratischer ÄrztInnen und Ärzte“ auf die Straße mit dem Slogan „Armut macht krank“. In der Ärzteschaft wurde das damals noch als Provokation angesehen, obwohl dies spätestens seit den Arbeiten des großen Arztes Virchow wissenschaftlich erwiesen ist. Der Titel Ihres Artikels zeigt, dass sich seitdem nichts verbessert hat, im Gegenteil.

Unter all der zum Teil berechtigten, oft aber auch besserwisserisch und wahlkämpferisch motivierten Kritik an der Bewältigung der Corona-Krise legt die Darstellung von Herrn Funk angenehm unaufgeregt den Finger in eine Wunde, die bisher viel zu wenig beachtet wurde, eine Wunde, die zwar nicht durch Corona entstanden ist, aber deren Heilung durch die Pandemie immer schwerer wird.

Darauf und auf die Verantwortung der Parteien hinzuweisen, die Verteilungsdrift zwischen Arm und Reich endlich zu verkleinern, ist in einem Wahljahr wichtig und hilfreich für alle WählerInnen. Die SPD hat wenigstens schon mal einen (unzureichenden) Anfang gemacht, die ausstehenden Programme der anderen Parteien sollten wir alle kritisch darauf abklopfen, was sie ursächlich gegen dieses Dilemma anzubieten haben.

Denn die Bewältigung der Krise hängt nicht nur an Masken, Schnelltests und Impfungen, sondern auch und ganz besonders an der Frage, wie wir die größte Gefahr für die Demokratie, die Verteilungsungerechtigkeit im Land, ernsthaft erkennen und Maßnahmen dagegen ergreifen. Dr. Ernst Girth, Frankfurt

An Armut darf es keine Gewöhnung geben

Stephan Hebel legt zu Recht seine Finger in eine Wunde, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer schmerzhafter geworden ist. Ja, die Zahl derjenigen in dieser Republik, die immer ärmer geworden sind, hat sich während der Pandemie gesteigert, das Armutsrisiko ist immer höher geworden. Hier gilt es zu bemerken, dass Kritik an der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, dem Kapitalismus, seit der Vereinigung Deutschlands immer seltener geworden ist. Eigentlich ist diese notwendige Kritik nur noch von den Linken geübt worden. Offensichtlich ist auch bei jungen Menschen die konkrete Utopie des demokratischen Sozialismus, wie sie ursprünglich von den Sozialdemokraten vertreten wurde, nicht mehr angesagt. In meiner Zeit als Jungsozialist in den 70er und 80er Jahren gehörte die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem zum Grundtenor linker Sozialdemokraten. Man muss heute daran erinnern,

dass aus falsch verstandenem staatstragendem Habitus offenbar nicht mehr gesehen wird, dass das Grundgesetz die Existenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ja nicht vorschreibt, sondern ausdrücklich eine demokratisch-sozialistische Wirtschaftsordnung ermöglicht.

Armut ist grausam, sie vererbt sich und ist in einem Menschenleben oftmals kaum zu überwinden. Papst Franziskus hat die Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem immer breitere Schichten der Bevölkerung erfassenden Armutsrisiko auf den Punkt gebracht, indem er davon sprach, dass dieses Gesellschaftssystem tötet. Insbesondere in der Pandemie wäre es angebracht, dass es einen Lagerwahlkampf geben müsste zwischen der organisierten Rechten, die als Strukturkonservative die ungerechten Strukturen erhalten wollen, und der demokratischen Linken, die für Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und Demokratie eintritt.

Armut, insbesondere Kinder- und Altersarmut, ist und bleibt ein gesellschaftlicher Skandal, dem sich die demokratische Linke mit zunehmender Energie widmen müsste. An Armut darf es keine Gewöhnung geben. Wir brauchen eine Politik, die diesen Skandal endlich beseitigt und damit auch das demokratische Staatswesen stabilisiert.

Manfred Kirsch, Neuweid

Diskussion: frblog.de/pandemie